

In unterrichteten Kreisen hofft man, daß am Donnerstag die erste Lesung der Osthilfevorlage im Reichstag stattfinden kann. Die vereinigten Ost- und Haushaltsausschüsse sollen sich dann 3 bis 4 Tage mit der Vorlage beschäftigen. Etwa am 25. oder 26. März wird die ganze Vorlage im Reichstag voraussichtlich verabschiedet werden können.

Haushaltsauschuß des Reichstages.

Berlin. Im Haushaltsauschuß des Reichstages wurde bei Beratung des Reichswehrhaushalts vom Reichswehrministerium betont, daß die ostpreussische Warmblutzucht, aus der die allein militärbrauchbaren Pferde hervorgehen, durch Erhöhung des Durchschnittspreises für die Remonten aufrechterhalten werden müsse. Zum Schluß wurde eine sozialdemokratische Entschließung angenommen, wonach mit Zustimmung des Reichswehrministers Geräte (Ausstattungsgegenstände) auch für unpolitische soziale Zwecke zur Verminderung der Erwerbslosigkeit Jugendlicher unentgeltlich leiweise überlassen werden können. Damit war der Haushalt des Reichswehres erledigt. Am Mittwoch wird der Reichsmarinehaushalt behandelt werden.

Der Ruffhäuserbund für Wehrstärke und Luftschutz.

Der Deutsche Reichskriegerbund Ruffhäuser tritt, wie aus einer erneuten Kundgebung des Bundesvorstandes über die im Rahmen der „Deutschen Front“ stehenden Aufgaben hervorgeht, ein für eine Wehrstärke, die gemäß § 8 der Völkervereinbarung unsere nationale Sicherheit und Unabhängigkeit gewährleistet. So hat der Ruffhäuser-Bundesvorstand in einem Schreiben an den Reichskanzler dringlich zum Ausdruck gebracht, daß die Wehrstärke der Nation zunächst so weit gefördert werden muß, daß wir nicht so gut wie hilflos übergriffen und Grenzverletzungen kleinerer Nachbarn ausgesetzt bleiben. — In Verbindung hiermit weist der Bundesvorstand auf das völlige Fehlen des Luftschutzes hin. Die Luftmanöver, die im vergangenen Jahre in England, Frankreich und in der Türkei stattgefunden haben, sollten eine ernste Warnung für diejenigen amtlichen Stellen sein, die bisher von auffällenden Maßnahmen deshalb abgesehen haben, weil sie keine Verantwortung in die Bevölkerung hineinbringen wollten. Gerade weil das Gebiet des Luftschutzes in weitgehendem Maße die verständnisvolle Mitarbeit der gesamten Bevölkerung erfordert, ist es notwendig, so bald wie möglich durch umfassende Aufklärungsmaßnahmen die ersten Vorbereitungen für jene Zusammenarbeit im Volke zu schaffen. — Der Ruffhäuser-Bundesvorstand steht auf dem Standpunkt, daß nur eine nach außen gesicherte Nation den Geist bewahren wird, der das notwendige Selbstgefühl erzeugt und die ruhige nationale Entwicklung sichert.

Württemberg klagt gegen das Reichsverkehrsministerium beim Staatsgerichtshof.

Stuttgart. Nachdem alle seit vielen Jahren mit dem Reichsverkehrsministerium geführten Verhandlungen wegen anderweitiger Verteilung der Lokomotivaufträge der Reichsbahn erfolglos geblieben sind, hat Württemberg nunmehr Klage beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich erhoben, um eine authentische Entscheidung über die Auslegung des § 23 des Eisenbahnstaatsvertrages von 1920 herbeizuführen. In dem vom Reichsverkehrsministerium ohne Mitwirkung der Länder aufgestellten Verteilungsschlüssel für die Lokomotivaufträge der Reichsbahn ist der württembergischen Lokomotivindustrie nur ein Anteil von 1,1 v. H. zugewiesen, obwohl sie nach dem Lokomotivbestand und nach den Betriebsleistungen des württembergischen Reichsbahndirektionsbezirkes einen erheblich größeren Anteil, mindestens 4 v. H., erhalten müßte.

Fünftageswoche gefordert.

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes fordert in einer einstimmig angenommenen Entschließung die Einführung der fünftägigen Arbeitswoche.

In der Resolution heißt es u. a.: Der Bundesauschuß lenkt die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit darauf, daß die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt eine dauernde Verkrüppelung der Arbeitszeit erfordert, um die Arbeitsgelegenheit selbst bei besserer Konjunktur auf alle Arbeitskräfte gerecht zu verteilen. Aus diesem Grunde erhebt der Bundesauschuß stärksten Protest dagegen, daß Schiedsprüche gefällt und durchgeführt werden, die sogar eine Arbeitszeit über 48 Stunden auch für die Zukunft festgelegt haben. Umso eindringlicher muß die Forderung wiederholt werden, baldigst ein neues Arbeitszeitgesetz zu schaffen, das die regelmäßige Arbeitswoche auf fünf Tage oder 40 Stunden beschränkt.

In einer weiteren Entschließung zur Lohnfrage heißt es u. a.: Statt der in Aussicht gestellten Behebung der Wirtschaft ist die Arbeitslosigkeit gerade infolge der Kaufkraftverminderung erheblich weitergestiegen. Die Forderung der Gewerkschaften nach der Erhaltung des Lohnniveaus liegt dagegen nicht allein im Interesse der Arbeiterschaft. Löhne und Gehälter fließen unmittelbar und restlos in den Konsum zurück und bilden einen beständigen Antrieb des wirtschaftlichen Lebens. Der Bundesauschuß fordert daher sowohl von der Reichsregierung wie von allen öffentlichen Gewalten, den bisherigen Druck auf die Löhne sofort einzustellen und der Arbeiterschaft gegenüber dem Unternehmertum den Schutz zu gewähren, den andere weniger Gefährdete für sich in Anspruch nehmen.

Japan zum Flottenpakt

Bedenken über Frankreichs A-Boot-Tonnage.

London, 10. März

Die Antwort Japans auf die Mitteilung über das französisch-italienische Flottenabkommen dürfte nach einer Meldung aus Tokio die vorbehaltlose Billigung des Abkommens enthalten. Es verlautet aber, daß Japan seiner Zustimmungserklärung eine Anzahl Zusätze angefügt habe, die den Charakter von Wünschen haben.

Wie man zu wissen glaubt, wird die Aufmerksamkeit in diesen Zusätzen auf die Frankreich zugeleitete große Tonnage der U-Boote und alten Einheiten der Kriegsschiffe sowie auf die Frage der Hauptkampfschiffe gelenkt. Man fürchtet, daß eine neue Ratifikation des Vertrages in seiner abgeänderten Form erforderlich werden wird, was als unerwünscht angesehen wird, und daß die Hoffnung auf Abschaffung der Hauptkampfschiffe in der Konferenz im Jahre 1936 in Frage gestellt sei.

Man vermutet, daß diese Zusätze zu dem Abkommen dazu bestimmt sind, bei der nächstjährigen Genfer Abrüstungskonferenz in Erwägung gezogen zu werden.

Fragen und Antworten

Zwischen Hugenberg und Schiele

Berlin, 10. März.

Zu den von dem Abgeordneten Hugenberg in seiner Rede in Lemgo am Sonntag aufgeworfenen „peinlichen Fragen“ wird von unterrichteter Seite u. a. mitgeteilt:

Wenn Herr Hugenberg fragt, ob es „den heutigen Begriffen politischen Anstandes entspreche, wenn ungefährl gleichzeitig mit dem Zollermächtigungsgesetz die Genfer Konvention dem Reichstage zur Genehmigung vorgelegt wird, deren ausgesprochener Zweck die Verhinderung von Zollserhöhungen ist“, so ist zunächst daran zu erinnern, daß das Genfer Handelsabkommen vom 24. März 1930 von der früheren Reichsregierung durch den damals amtierenden sozialdemokratischen Reichswirtschaftsminister Schmidt unterzeichnet worden ist. Die jetzige Reichsregierung hatte damit nach feststehenden völkerrechtlichen Gesetzen die Verpflichtung übernommen, das Abkommen den Gesetzgebenden Körperschaften zur Entscheidung zu unterbreiten. Lediglich das hat sie am 9. Dezember 1930 durch Vorlage an den Reichsrat getan.

Bei der Zusammenkunft des Reichstages nach den Wahlen vom 14. September war eine Mehrheit für das Abkommen nicht mehr vorhanden. Erst durch den Exodus der Deutschnationalen und Nationalsozialisten haben sich die parlamentarischen Aussichten grundlegend zu Gunsten des Genfer Abkommens gewandelt.

Eine völlige Verkennung des Zweckes des neuen Zollermächtigungsgesetzes ist es, so wird weiter erklärt, wenn der Abg. Hugenberg sagt, das Gesetz sei so gefaßt, daß eine landwirtschaftsfeindliche Regierung mit ihm jeden landwirtschaftlichen Zollschutz niederreißen könnte. Es ist bekannt, daß der Abgeordnete Hugenberg, das Ermächtigungszollsystem, das sich nach Sachverständigenurteil für eine Reihe von landwirtschaftlichen Produkten weit über Jahresfrist gut bewährt hat und dessen Ausdehnung auf die übrigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse auch von der Grünen Front gefordert wird, grundsätzlich ablehnt. Angesichts der immer weiter gehenden Deroutierung der Weltmärkte erhebt sich aber die Gegenfrage, wie denn der Abgeordnete Hugenberg anders als mit Ermächtigungszöllen die deutsche Landwirtschaft vor plötzlichen Erschütterungen vom Weltmarkt her genügend schnell und ausreichend schützen will.

Endlich behauptet der Abgeordnete Hugenberg noch, daß das neue Osthilfegesetz nicht den Begriffen des politischen Anstandes entspreche, weil es nicht dem Appell Hindenburgs in seinem bekannten Brief an die Reichsregierung Genüge tut. Demgegenüber sei nur an die Antwort des Reichspräsidenten an den Abgeordneten Wege erinnert, in der es heißt, daß dem deutschen Osten durch das neue Osthilfegesetz und die weiteren Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft eine durchgreifende und alsbaldige Hilfe gebracht werden würde.

Die Schreckensnacht von Hohenbirken.

Das gerichtliche Nachspiel.

Katowitz, 11. März.

Das Bürgergericht in Rybnik beschäftigt sich gegenwärtig mit den Gewalttaten, die sich in der Nacht vom 19. zum 20. November vorigen Jahres in dem unweit Ratibor gelegenen Hohenbirken abspielten. Hohenbirken und Golasowitz sind die Höhepunkte des Terrors, der vor den Wahlen zum Sejm und Senat im Oktober und November vorigen Jahres die deutsche Minderheit einschüchtern sollte. Die Vorgänge, die sich in jener Nacht in Hohenbirken abspielten, waren von einer derartigen Brutalität, daß sich der Präsident der Gemischten Kommission Calonder, auf ein Ersuchen des Deutschen Volksbundes persönlich nach dem schwer heimgesuchten Dorf begab.

Aus dem Tatbestand, mit dem sich das Gericht zu beschäftigen hat, ist hervorzuheben, daß die Wohnungseinrichtungen von nicht weniger als sieben deutschen Familien durch die Aufständischen vollständig vernichtet worden sind. Zwei Weite wurden derart mißhandelt, daß sie noch heute unter den Nachwirkungen schwer zu leiden haben. Die anderen mißhandelten Deutschen konnten sich dem Schlimmsten durch die Flucht entziehen. Die polnischen Aufständischen schossen in jener Schreckensnacht rücksichtslos in eine Reihe von Wohnungen hinein. Auch bei einer Frau, die im Wochenbett lag, wurden die Fenster durchgeschossen. Die von auswärts nach Hohenbirken gefommene Horde wütete von 9.30 Uhr abends bis 1.30 Uhr nachts. Die Polizei erklärte, von all den Schüssen und Hilferufen nichts gehört zu haben! Besonders schlimm gepeinigt wurde die Familie des deutschen Vertrauensmannes, den die Aufständischen nach Zerstörung der Lichtleitung aus dem Bett zerrten und die Treppe hinunterstießen, um ihn bis zur Bewußtlosigkeit zu verprügeln.

Präsident Calonder und die ihn begleitenden Herren waren von den Eindrücken in Hohenbirken tief erschüttert.

Unter den Angeklagten befindet sich auch der Polizeikommandant von Hohenbirken, Koncza, sowie der polnische Schulleiter Schymanski. Die Angeklagten bestreiten jede Schuld und versuchen, ihr Alibi nachzuweisen. Der Polizeikommandant Koncza erklärt, daß ihm nichts von Gewalttaten der Hohenbirken bekannt sei. Die Aufständischen hätten seinerzeit einen Umzug in Hohenbirken veranstaltet, der sehr ruhig verlaufen sei. Nach diesem Umzuge habe ein Teil der Umzugsteilnehmer, darunter auch er eine Gastwirtschaft aufgesucht und hätte dort bis 12 Uhr nachts gefessen, während die Gewalttate angeblich in der Zeit von 1/11 bis 1/12 Uhr verübt worden seien. Koncza gibt eine ausführliche Schilderung über die deutsche Minderheit in Hohenbirken ab, die nach seiner Ansicht eine starke Propaganda betrieben habe, die die polnische Bevölkerung in Aufregung habe bringen müssen. Außerdem sei die polnische Bevölkerung von Hohenbirken auch durch reichsdeutsche Hitlerleute an der Grenze wiederholt provoziert worden. Der Angeklagte Schymanski äußert sich in gleichem Sinne. Verheerend habe nach seiner Ansicht die Rede des Reichsministers Trepiranus gewirkt.

Polen und Ukrainer

Warschau, 11. März.

Wie die christlich-demokratische „Rzeczpospolita“ meldet, haben in der letzten Woche polnisch-ukrainische Einigungsverhandlungen zwischen führenden Vertretern der ukrainischen Sejmfraktion und zwei Mitgliedern des Präsidiums

Die Deutschnationalen regierungsbereit

Wie die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei mitteilt, veröffentlichten Dr. Hugenberg, Dr. Oberjohren und Dr. von Winterfeldt eine gemeinsame Erklärung, die sich gegen die Auffassung wendet, daß die Regierung durch die Politik der nationalen Opposition an die Seite der Sozialdemokratie gedrängt werde, und daß die Rechtsparteien, insbesondere die Deutschnationale Volkspartei, sich vor oder nach den Wahlen aus Scheu vor Verantwortung einer positiven Mitarbeit an der Regierung verweigert haben. In der Erklärung heißt es u. a., daß den Deutschnationalen seitens der Regierung Brüning weder vor noch nach den Septemberwahlen irgendwelche Angebote betreffend Regierungsbeteiligung gemacht oder irgendwelche Möglichkeiten hierzu geboten worden seien.

Die deutschnationalen Parteiführer hätten seit dem Herbst 1929 öffentlich und nichtöffentlich immer wieder betont, daß sie zur Übernahme jeder Verantwortung bereit seien. Es sei selbstverständlich, daß eine solche Übernahme der Verantwortung nicht voraussetzungslos erfolgen könne. Diese Voraussetzungen seien der Regierung bekannt.

Soweit die Darstellung, die in Erwiderung der Lemgoer Rede Dr. Hugenbergs seitens der Regierung an die Presse gegeben wurde, in irgendeinem Punkte dem in der Erklärung umrissenen Sachverhalt widerspreche, müsse sie ebenfalls als falsch zurückgewiesen werden.

Die Haltung des Reichslandbundes.

Berlin, 11. März.

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes hat den Bericht des geschäftsführenden Präsidenten, Graf von Kalckreuth, entgegengenommen und billigt die Haltung und Maßnahmen, die das Präsidium in Auswirkung der Kampfschlüsse vom diesjährigen Reichs-Landbundtag ergriffen hat.

Ausdrücklich erklärt auch der Bundesvorstand die seit dem bekanntgewordenen Agrarvorlagen einschließlich der Osthilfe für unzureichend, insbesondere wegen Nichtberücksichtigung der Forderungen auf dem Gebiete der allgemeinen Lastensenkung und der innerwirtschaftlichen Maßnahmen, sowie des Fehlens jeder Garantie für sofortige und ungeschmälerter Durchführung der Zollmaßnahmen. Den innerhalb und außerhalb der Reichsregierung verläßt zutage tretenden landwirtschaftsfeindlichen Kräften gilt nach wie vor schärfster Kampf.

Eine Einwirkung auf die Parteien in den gegenwärtigen rein politischen Entscheidungen lehnt der Bundesvorstand ab. Die Verantwortung für die augenblickliche Lage und die weitere Entwicklung der Gesetzgebung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete liegt ausschließlich beim Reichskabinett und den Parteien.

des Regierungsblocks stattgefunden. Diese Verhandlungen sollen aber daran gescheitert sein, daß die polnischen Vertreter vorerst eine ukrainische Loyalitätserklärung und die Zurückziehung der beim Völkerverbund eingebrachten Beschwerden wegen der sogenannten Befriedung Ostgaliziens gefordert hätten.

Polnische Heeresverstärkung in Westpreußen.

Danzig. Nachdem Dirschau als der Schlüssel des Korridors vor kurzem mit verstärkter polnischer Garnison besetzt wurde, soll jetzt auch nach Neustadt (Westpreußen) polnische Militärs geleitet werden, und zwar soll ein Bataillon Marineinfanterie dort untergebracht werden.

Dieserhalb ist die polnische Militärbehörde bereits mit der Stadtverwaltung in Verhandlungen getreten. Als Kasernen sollen die Gebäude der Emigrantenstation Verwendung finden, da diese Station demnächst nach Gdingen verlegt werden soll.

Der Grabstein eines alttestamentarischen Königs gefunden.

Jerusalem. Der an der hebräischen Universität tätige Archäologe Professor Dr. Zulenik hat einen Stein mit einer aramäischen Inschrift gefunden, die Angaben über den Ort der Beisetzung des jüdischen Königs Ussia, des Sohnes Amazias (8. Jahrhundert vor Christi), enthält. Der Fund, bei dem es sich wahrscheinlich um eine Grabplatte handelt, ist von größter Wichtigkeit, weil man damit zum erstenmal Angaben über die Lage der Gräber der altjüdischen Könige erhalten hat.

Wildwest im Korridor.

Ueberfall von Räuberbanden auf Kohlenzüge.

Danzig. In der letzten Zeit werden immer häufiger Güter- und Kohlenzüge im Korridor von bewaffneten Räuberbanden, die bis zu 50 Mann zählen, überfallen. Am vergangenen Sonntag hat wiederum am hellen Tage eine 40köpfige Bande, die mit schweren Knüppeln bewaffnet war, in der Nähe von Dirschau einen fahrenden Zug zum Halten gezwungen und 2 Tonnen Kohle gestohlen.

Einige Stunden später wurde auf derselben Strecke ein ähnlicher Ueberfall verübt, wobei wiederum 2 Tonnen Kohle und einige Kisten mit verschiedenen Waren den Räubern zum Opfer fielen. Im zweiten Falle gelang es der Polizei, drei der Schuldigen festzunehmen und einen Teil der Beute wieder zu erlangen.

Im Laufe der letzten zwei Wochen ist dies schon der sechste ähnliche Raubüberfall in dieser Gegend.

Der englische Tegner gehängt.

London. Der Mörder Kones, der im November einen Unbekannten in seinem Auto verbrannt hat, wurde am Dienstagvormittag in dem Bedford-Gefängnis gehängt. Ueber 2000 Menschen — zumeist Frauen und Kinder — warteten trotz der bitteren Kälte vor den Gefängnistoren, bis die Nachricht von der Hinrichtung angeschlagen wurde. Kones hat bis zum letzten Augenblick an der Behauptung festgehalten, daß er unschuldig sei.

3 Arbeiter durch Starkstrom getötet.

Mailand. An der elektrischen Eisenbahnlinie Neapel — Vercelli waren Arbeiter mit der Aufstellung von Masten für die Starkstromleitung beschäftigt. 3 Arbeiter erlitten dabei mit der Hochspannungsleitung in Verbindung und wurden sofort getötet.